WISA
vorwärts für Sachsen-Anhalt

Kommunalwahlen
Zeit für klare Worte

So viel Anfang wie am 22. April 2007 ist selten: Die Landräte und Kreistage von neun neuen Landkreisen sind zu wählen, die Oberbürgermeisterin und der Stadtrat der neuen Stadt Dessau-Roßlau, der Stadtrat der neuen Stadt Bitterfeld-Wolfen und die Oberbürgermeisterin von Naumburg. Rund drei Viertel der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts sind zur Wahl aufgerufen. Medien nennen so etwas einen Stimmungstest und vergleichen am Wahlabend das landesweite Abschneiden der Parteien.

Das allein wäre schon Grund genug dafür, dass wir uns mächtig ins Zeug legen. Noch wichtiger ist aber: Die neuen Vertretungskörperschaften und Hauptverwaltungsbeamten entscheiden über grundlegende Weichenstellungen und Gestaltungsperspektiven der kommunalen Politik in den nächsten Jahren. Auch wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Kreisgebietsreform entschlossener angepackt hätten, wozu die alte CDU/FDP-Landtagsmehrheit keine Kraft hatte – den jetzt entstehenden neuen Strukturen wollen wir vom ersten Tage an ein sozialdemokratisches Gesicht geben!

Wahlkampf ist die Zeit für klare Worte. Wir brauchen nicht mit der Schere im Kopf zu überlegen, was mit unserem Koalitionspartner in Berlin und Magdeburg machbar ist oder was Partner vor Ort dazu sagen. Jetzt geht es um die Werbung für unverfälschte SPD-Positionen. Kompromisse werden geschlossen, wenn die Stimmen ausgezählt sind.

Im Wahlkampf setzt jede Region ihre eigenen Akzente entsprechend den lokalen Voraussetzungen und Problemen. Gleichzeitig gibt es aber auch übergreifende Themen, zu denen wir unsere Position deutlich „rüberbringen" müssen:

Handlungsfähiger Staat, leistungsfähige Kommunen

Von der SPD erwarten die Menschen, dass wir die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen sicherstellen. Aufgaben der Daseinsvorsorge müssen von der öffentlichen Hand auf allen Ebenen in vollem Umfang dauerhaft garantiert werden.

Die Grundlagen dafür legen wir mit klaren Ausgabenschwerpunkten, mit dem Abbau der Neuverschuldung und mit der Konsolidierungspartnerschaft von Land und Kommunen. Dass diese Partnerschaft nicht nur auf dem Papier steht, zeigt sich auch daran, dass die Kommunen vom Land nach dem Finanzausgleichsgesetz im laufenden Jahr 13,5 Millionen Euro mehr erhalten als 2006.

Einheitsgemeinde: kein Thema fürs Hinterzimmer

Auch wenn die Kommunalwahlen nicht über die Einführung von Einheitsgemeinden entscheiden, wird die Diskussion im Wahlkampf an vielen Orten von diesem Thema geprägt werden. Dem können und dem wollen wir nicht ausweichen. Wir sagen deutlich: Nur durch Einheitsgemeinden entstehen flächendeckend handlungsfähige, demokratische Gemeindestrukturen, die bei sinkenden Einwohnerzahlen und geringeren finanziellen Spielräumen im Wettbewerb mit den Zentren überhaupt noch bestehen können.

Die extreme Zersplitterung der Gemeindestrukturen bringt den Bürgerinnen und Bürgern keine Vorteile. Sie profitieren, wenn die von ihnen gewählten Gemeinderäte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (...) (Fortsetzung auf Seite 2)

Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesen Tagen werde ich oft auf den Zustand der sachsen-anhaltischen CDU angesprochen. Ihr Schleuderkurs in Sachen Einheitsgemeinde und die tiefgreifende Spaltung bei der Neuwahl des Fraktionsvorstandes lassen in der SPD manchen an der Verlässlichkeit unserer Partner zweifeln.

Die CDU hat drei Probleme gleichzeitig zu bewältigen. Erstens: Während die SPD den Generationswechsel bereits bewältigt hat, gärt bei der CDU ein Konflikt, bei dem es schon um die Zeit nach Wolfgang Böhmer geht. Zweitens: Im Zuge dieses Machtkampfs stellt ein Teil der CDU mit uns getroffene Vereinbarungen aus taktischen Gründen in Frage. Am gravierendsten aber ist das dritte Problem: Im Gegensatz zur SPD hat sich die CDU keine fundierte, nüchterne Analyse der Situation unseres Landes und seiner Zukunftsperspektiven erarbeitet. Sie blendet die strukturpolitischen, demographischen und finanziellen Herausforderungen gerne aus und überlässt den SPD-geführten Ministerien die unpopulären Reformvorschläge.

Die Lösung seiner internen Probleme werden wir unserem Koalitionspartner nicht abnehmen können. Unser Beitrag für den Erfolg dieser Landesregierung ist, dass wir den Koalitionsvertrag verlässlich erfüllen und das gleiche von der CDU einfordern. Aber wer unser Land voran bringt und wer nur zaudert, verzögert und die Probleme verschleppt, das dürfen wir ruhig auch öffentlich erkennbar machen – nicht zuletzt im Kommunalwahlkampf.

Euer
Holger Hövelmann

(Fortsetzung von Seite 1) (...) auch tatsächlich über regionale Investitionsschwerpunkte entscheiden, eine professionelle Verwaltung ausbauen und Aufgaben von übergeordneten Ebenen übernehmen können.

Neue Chancen für moderne Schulen

Die Qualität unserer Bildungslandschaft entscheidet sich in den Kommunen. Der Wahlkampf ist eine gute Gelegenheit, für unser Modell einer Allgemeinbildenden Oberschule zu werben. Denn mit längerem gemeinsamen Lernen und einem praxisorientierten Schulsystem sind durchweg die besseren Erfahrungen gemacht worden, ob in Finnland oder in der DDR.

Wir haben in der Koalition durchgesetzt, dass alle Schulstandorte erhalten bleiben sollen, die in der aktuellen Schulentwicklungsplanung als bestandsfähig ausgewiesen sind, und dass darüber hinaus zum Erhalt des Schulnetzes im ländlichen Raum Ausnahmen von den bisherigen Vorgaben der Schulentwicklungsplanung zugelassen werden.

Gutes Geld für gute Arbeit

Wahlkampf ist die Zeit verstärkter politischer Debatten. Die Wählerinnen und Wähler orientieren sich dabei nicht an kommunalen Zuständigkeiten – und die anderen Parteien tun es auch nicht. Deshalb werden auch wir nicht mit allgemeinpolitischen Themen hinter dem Berg halten.Zum Beispiel: Deutschland braucht gesetzliche Mindestlöhne für die Branchen, in denen keine tarifvertragliche Regelung getroffen wurde. Auf dem Bau wurden damit gute Erfahrungen gemacht und Arbeitsplätze gesichert. Löhne unter dem Existenzminimum treffen vor allem ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Für diesen Wahlkampf brauchen einen langen Atem. Vielerorts wird die Entscheidung erst am 6. Mai 2007 in der Stichwahl fallen. Dass Hans-Jürgen Ostermann, Dagmar Szabados und Lutz Trümper weiter für die SPD kommunale Verantwortung tragen werden, wissen wir heute schon, denn in der Altmark, in Halle und in Magdeburg wird nicht gewählt. Je mehr Namen wir dieser Liste nach der Wahl anfügen können, umso mehr Gewicht wird unser Wort in der sachsen-anhaltischen Politik in den nächsten Jahren haben. Strengen wir uns an. ■

Kommunalwahlen am 22. April 2007

Kandidatenaufstellung abgeschlossen!

Die SPD-Sachsen-Anhalt ihre Kandidaten für die Kommunalwahlen aufgestellt. „Für die Kreise, in denen gewählt wird, haben wir insgesamt 639 engagierte Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt“, stellte der Landesvorsitzende fest.
Als Landratskandidaten bewerben sich Armin Friedrichs (Jerichower Land), Ulrich Gerstner (Salzland), Burkhard Kanngießer (Börde), Rolf König(Harz), Frank Bayer (Mansfeld-Südharz), Friedrich Kolbitz (Wittenberg), Ronald König (Anhalt-Bitterfeld), Steffen Eichner (Saalekreis), Lothar Tautz (Burgenland).

In Dessau-Roßlau tritt Angelika Storz als Kandidatin für Die Oberbürgermeisterin an, in Naumburg die Landtagsabgeordnete Krimhild Fischer.
„Unsere Kreisverbände haben sehr intensiv über die Programmatik und auch über Personen diskutiert. Ich bin überzeugt, wir machen wir den Menschen, die für den 22. April zur Wahl aufgerufen sind, einen guten und sehr sachkundigen Personalvorschlag. 156 unserer Kandidaten sind Frauen (24,5%), 483 (75,5%) sind Männer. 96 Männer und Frauen auf unseren Listen (15%) sind jünger als 35 Jahre.“ ■

11 Spitzenkandidaten

Frank Bayer, geb. 1965, wohnhaft in Helbra, Dezernent im Landkreis Mansfelder Land, kandidiert als Landrat Mansfeld-Südharz

Dr. Steffen Eichner, geb. 1960, wohnhaft in Merseburg, Dipl. Chemiker, Dezernent Landkreis Merseburg, kandidiert als Landrat Saalekreis

Krimhild Fischer, geb. 1950, wohnhaft in Naumburg, Industriekauffrau, MdL, kandidiert als Oberbürgermeisterin Naumburg

Armin Friedrichs, geb. 1952, wohnhaft in Roßdorf, Polizeibeamter, kandidiert als Landrat Jerichower Land

Ulrich Gerstner, geb. 1954, wohnhaft in Nienburg, Landrat und Berufsschullehrer, kandidiert als Landrat Salzlandkreis

Burkhard Kanngießer, geb. 1951, wohnhaft in Oschersleben,Landrat, Dipl. Mathematiker, kandidiert als Landrat Bördekreis

Rolf König, geb. 1950, wohnhaft in Stiege, Gewerkschaftssekretär verdi, kandidiert als Landrat Harz

Ronald König, geb. 1968, wohnhaft in Roitzsch, Betriebswirt, kandidiert als Landrat Anhalt-Bitterfeld

Friedrich Kolbitz, geb. 1950, wohnhaft in Golmenglin, Regierungspräsident a. D., kandidiert als Landrat Wittenberg

Angelika Storz, geb. 1955, wohnhaft in Dessau, Dipl. Betriebswirtin, kandidiert als Oberbürgermeisterin Dessau-Roßlau

Lothar Tautz, geb. 1950, wohnhaft in Teuchern, Verwaltungsangestellter, Pfarrer, kandidiert als Landrat Burgenlandkreis

Klaas Hübner SPD-Fraktionsvize im Bundestag

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Nachfolger für ihren scheidenden stellvertretenden Vorsitzenden Stephan Hilsberg gewählt. In einer Kampfabstimmung setzte sich der Sprecher des Seeheimer Kreises, Klaas Hübner, gegen die überraschend angetretene brandenburgische Abgeordnete Andrea Wicklein durch. Der Sachsen-Anhalter Hübner, der von Fraktionschef Peter Struck vorgeschlagen worden war, erhielt 127 Stimmen, Wicklein 66, sechs Parlamentarier enthielten sich. Fraktionsgeschäftsführer Olaf Scholzwertete das klare Ergebnis für Hübner als Beleg für den «Konsens» und den «Zusammenhalt» in der Fraktion. ■

Landtagsfraktion wählte Vorstand

Die SPD-Fraktion hat ihre Führungsstruktur für den Rest der Legislaturperiode festgelegt. 23 Abgeordnete waren anwesend und gaben ihre Stimme ab. Der bisherige Geschäftsführende Fraktionsvorstand stellte sich erneut zur Wahl. Gegenkandidaten traten nicht an. Gewählt wurden: Fraktionsvorsitzende Katrin Budde (23 Stimmen), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Krimhild Fischer(19), Stellv. Fraktionsvorsitzender Gerhard Miesterfeldt (19), Parlamentarischer Geschäftsführer Norbert Bischoff (23). ■

Neumitgliederseminar am 28. April

Der Landesverband lädt wieder alle neuen SPD-Mitglieder zu einem Tagesseminar ein, das den Einstieg in die SPD-Arbeit erleichtern soll. Die neuen Mitglieder erhalten dabei Informationen über den Aufbau der SPD in Sachsen-Anhalt und über die Mitmachmöglichkeiten, die sich ihnen bieten. Im Mittelpunkt stehen der Austausch mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und sachsen-anhaltischen Finanzminister Jens Bullerjahn über die politischen Ziele der SPD in Landes- und Bundesregierung sowie das Gespräch mit Ulrich Stockmann, MdEP über sozialdemokratische Grundwerte und das neue SPD-Programm.

Das Seminar findet statt am **Samstag, 28. April 2007 von 10 – 17 Uhr im Ernst-Reuter-Haus.** Anmeldungen bitte an: SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt, Bürgelstr. 1, 39104 Magdeburg, jens.schmidt@spd.de, Tel.: 0391/53656-16. ■

Neuer Vorstand des Parteirates

Mit nur einer Gegenstimme wurde in Dessau die designierte Oberbürgermeisterin der Stadt Halle(Saale) und bisherige Vorsitzende des Landesparteirates der SPD, Dagmar Szabados, erneut zur Vorsitzenden des Parteirates gewählt. Der Parteirat besteht aus 35 gewählten Mitgliedern aus 14 Kreisverbänden; hinzu kommen (mit beratender Stimme) die Mitglieder des Landesvorstandes und die Kreisvorsitzenden.

Frank Pelzer (40) aus dem Kreisverband Anhalt-Bitterfeld und Hartmut Thiele (65) aus dem Kreisverband Bördekreis wurden zu ihren Stellvertretern gewählt. ■

Extremistische Taten härter bestrafen!

Deutschland muss extremistische Straftäter härter bestrafen, fordert Sachsen-Anhalts ASJ-Landesvorsitzende, Justizministerin Prof. Angela Kolb. „Das setzt ein wichtiges Zeichen“, argumentiert Kolb. „Den Opfern wird deutlich, dass ihre Ängste ankommen. Den Tätern wird klar gemacht, dass die demokratische Gesellschaft extremistische Angriffe nicht toleriert.“

Podiumsdiskussion „Wehrhafte Demokratie: Härtere Strafen für extremistische Täter?“ im Magdeburger Rathaus. Auf dem Podium v.l.: ASJ-Landesvorsitzende Prof. Angela Kolb, Moderatorin Ute Albersmann, Strafrechts-Professor Hans Lilie und Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

„Die Zahl extremistischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten steigt. Das fordert zum Handeln auf. Im Kampf gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus geht es darum, alle denkbaren Möglichkeiten auszuschöpfen. Das heißt auch zu prüfen, ob das Strafrecht verändert werden muss“, so Angela Kolb.

Die USA und viele Länder Europas haben strafrechtliche Regelungen, die extremistische und rassistische Angriffe stärker bestrafen. In Großbritannien, Schweden, Spanien, Italien und der Schweiz werden die rassistische Motivation und zum Teil auch religiöse Missachtung strafschärfend berücksichtigt. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz mahnt seit Jahren an, dass Deutschland nachzieht und ausdrücklich Taten aus rassistischen Motiven stärker bestraft. Angesichts zum Teil wachsender Bedrohung von Minderheiten fordert z.B. die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit der Europäischen Union eine neue Gesetzgebung.

„Deutschland hat sich in der Vergangenheit gesperrt. Zu unrecht. Wir müssen handeln“, so Kolb. „Es geht um das klare Signal, dass Gewalt in Deutschland nie wieder Mittel einer politischen Auseinandersetzung sein soll, dass wir nicht wollen, dass Menschen geschlagen und getreten werden, nur weil sie eine andere Hautfarbe oder eine andere Religion haben.“ Sie stellt sich mit ihrer Forderung hinter einen gemeinsamen Antrag von SPD und CDU im Landtag, der eine Bundesrat-Initiative mit dem Ziel fordert, rassistisch motivierte Körperverletzung stärker zu bestrafen. Auch bei einer gemeinsamen Podiumsveranstaltung von ASJ und der CDU-Juristenvereinigung LACDJ in Magdeburg war nach breiter Diskussion überwiegender Konsens: Ein solches Signal ist wichtig. ASJ-Bundesvorsitzender Harald Baumann-Hasske sagte in der Diskussion Unterstützung zu. Der Dresdner will in Sachsen um die Unterstützung der geplanten Bundesrats-Initiative werben. ■

ASF-Sachsen-Anhalt feierte Internationalen Frauentag

Frauen und Freundinnen der ASF-Sachsen-Anhalt trafen sich gemeinsam zum Internationalen Frauentag in Magdeburg. Corinna Reinecke, Landesvorsitzende der ASF, begrüßte die Teilnehmerinnen unter dem diesjährigen Motto „Frauen verdienen mehr“. Aktuelle Debatten zur Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewiesen, dass eine geschlechtergerechte Gesellschaft noch immer nicht erreicht worden sei. ■

AK Lesben, Schwule und Transgender - Schwusos in der SPD

Am 28.04.2007 findet die Neuwahl des Landesvorstandes des Arbeitskreises “Lesben, Schwule und Transgender in der SPD” - (Schwusos), statt. Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr in der “Großen Märkerstraße 6” in Halle/Saale. Neben der Wahl des Landesvorstandes geht es außerdem um die Wahl der Delegierten für den Bundeskongress im Jahr 2008 sowie um die Vorbereitung von Aktionen und Veranstaltungen in diesem Jahr. Wir laden hiermit alle Mitglieder, Interessierten und Sympathisanten recht herzlich ein.Jeannette Nöske-Schulz,Landesvorsitzende des AK “Lesben, Schwule und Transgender” Kontakt: netteschulz2203@aol.com ■

Diskussion um Endlager Morsleben mit guter Resonanz

Gute Resonanz trotz schwieriger Materie: 35 Bürgerinnen und Bürger von Morsleben, Betriebsratsmitglieder und andere Beschäftigte des atomaren Endlagers waren einer Einladung des SPD-Ortsvereins Weferlingen-Erxleben-Flechtingen gefolgt, mit Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, über nationale Endlagerpolitik und den Standort Morsleben zu diskutieren. Und es war nur gut, den direkten Draht zu den Betroffenen zu suchen. Im Gespräch wurde ein grundlegendes Missverständnis deutlich, dass Machnig gleich ausräumen konnte: „Morsleben wird endgültig stillgelegt und kann damit als Standort für ein atomares Endlager dauerhaft ausgeschlossen werden“, stellte er unmissverständlich fest. Die Suche nach Alternativstandorten zum niedersächsischen Gorleben, die der Staatssekretär als Aufgabe der nächsten Jahre beschrieben hatte, hatte bei manchem vor Ort die Befürchtung aufkommen lassen, dass auch der Salzstock in Morsleben in die Erkundungen einbezogen werden könne.

Die Sorge war nicht zuletzt durch die im letzten Dezember bekannt gewordenen Diskussionen des Magdeburger Umweltministeriums mit dem Bundesamt für Strahlenschutz über eine mögliche oberirdische Verwahrung von nuklearen Stoffen auf dem Gelände in Morsleben genährt worden. Machnig bekräftigte jedoch vor Ort, dass diese Pläne, die von der SPD in der Landesregierung klar abgelehnt wurden, vom Tisch seien. Er kündigte die baldige Einbeziehung der Öffentlichkeit in das Planfeststellungsverfahren für die Stilllegung des Endlagers an: „Ich werde mit dem Umweltministerium in Magdeburg die nötigen Gespräche führen und erwarte, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung noch in diesem Jahr beginnen kann.“ 2011 werde voraussichtlich das Planfeststellungsverfahren und in den Jahren 2020 bis 2025 die Verfüllung der Grube in Morsleben zum Abschluss kommen. ■

Impressum:

V.i.S.d.P.: Franz Stänner
Redaktion: Franz Stänner, Susi Möbbeck, Jörn Rößler, Martin Krems
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an: franz.staenner@spd-lsa.de
Anschrift: SPD-Landesgeschäftsstelle, Redaktion WiSA, Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg

Christel Riemann-Hanewinckel feiert Geburtstag

Am 6. April feiert Christel Riemann-Hanewinckel MdB ihren 60. Geburtstag. Die Mitglieder der SPD Halle gratulieren ihrer langjährigen Vorsitzenden zum runden Jubiläum und verbinden das mit den besten Wünschen für die Zukunft. Christel gehörte am 27. Oktober 1989 zu den elf Gründungsmitgliedern der Stadtgruppe Halle der damaligen SDP. Von 1991 bis 1993 war sie Vorsitzende des SPD-Unterbezirkes Halle-Saalkreis-Merseburg und von 1993-2005 Vorsitzende der SPD Halle/Saale und hat unseren Stadtverband in dieser Zeit aus den Wirren der Anfangsjahre herausgeführt und nachhaltig geprägt. Seit 1990 ist Christel Riemann-Hanewinckel Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1994 in ununterbrochener Folge ausgestattet mit dem Direktmandat im Wahlkreis Halle. Von Anfang an wendete sie sich im Parlament der Familienpolitik zu. Als Sprecherin der Bundestagsfraktion für Familien-, Senioren-, Frauen und Jugendpolitik, später dann als Ausschussvorsitzende für den gleichen Politikbereich und schließlich bis 2005 als Parlamentarische Staatssekretärin an der Seite von Renate Schmidt. Sie hatte wesentlichen Anteil daran, dass die SPD zu einer modernen Familienpolitik fand.

Christels Erfahrung und ihre Tatkraft, ihre fachliche Kompetenz und ihre Beharrlichkeit werden auch in Zukunft für die SPD Halle unentbehrlich sein. Wie erwarten noch viel von ihr. Und nicht nur in der AG 60plus. ■